Abend-Ausgabe

79. Jahrgang. № 149

Montag, 29. März 1926

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktionsschluß: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241.
Nur für Nachtgespräche: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. März 1926 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 Mark. Postbezugspreis für Monat März 3 Mark ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einspaltige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg. Die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Offertengebühr 10 Pfg. Ausw. Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/42.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachr." zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Ein Bund der Islam-Staaten?

Das Kalifat als Vereinigung der Delegierten aller mohammedanischen Staaten.

Deutsch-österreichische Besprechungen im Auswärtigen Amt. — Eine neue Gedenkfeier des Faschismus in Rom.

Vor einer Reformierung des Kalifats.

London, 29. März. „Daily News" meldet aus Kairo: Im Islam ist die Bewegung zugunsten der Errichtung eines nach modernen Gedanken radikal reformierten Kalifats ständig im Wachsen begriffen. **Der Hauptgedanke ist, das Kalifat zu einer Vertretung ordnungsmäßig beglaubigter Delegierter der ganzen mohammedanischen Welt umzugestalten.** Den Vorsitz dieser Versammlung soll ein Titularkalif führen. Hinter dieser Organisation soll als reale Macht ein Bund der mohammedanischen Staaten stehen. Ein ständiger Kalifatsrat in Mekka werde einen Faktor der Weltpolitik darstellen, der für alle am Orient interessierten Großmächte in erheblichem Maße von Bedeutung sein werde. Der vom Al-Azhar-Kalifats-Komitee für Mai nach Kairo einberufene mohammedanische Kongreß, der über die Wahl eines neuen Kalifen beraten soll, könne rasch zu Ereignissen führen, deren Folgen noch nicht abzusehen seien. (WTB.)

Belebung der Kampftätigkeit in Marokko.

London, 29. März. Wie die „Times" aus Marokko berichtet, muß man in nächster Zeit mit neuen Kämpfen in Marokko rechnen. Abdel Krim hat die Absicht, bei Eintritt besseren Wetters und nach Beendigung der Fastenzeit die Offensive zu ergreifen. Schon jetzt macht sich in einzelnen Abschnitten der Front eine regere Kampftätigkeit bemerkbar **und das Blatt bedauert, daß einige französische Zeitungen immer wieder behaupten, die moralische und materielle Unterstützung der Rifbevölkerung seitens Englands erhalte den Krieg aufrecht und Englands Ziel in Marokko sei letzten Endes die Errichtung einer Rifrepublik unter englischer Oberhoheit.** Dadurch würden die Hoffnungen der Rifleute aufrecht erhalten und Abd el Krim benutze diese Ausführungen der französischen Zeitungsaufsätze zur Propaganda unter seinen Leuten. Er habe niemals aufgehört, seinen Anhängern die Möglichkeit einer englischen Intervention zu seinen Gunsten darzulegen.

Die „Times" weisen die französischen Verdächtigungen zurück und machen den Franzosen den Vorwurf, daß innerhalb ihrer eigenen Verwaltung in Marokko ein heilloses Durcheinander herrsche. Die einzelnen Ressorts machten sich gegenseitig Vorwürfe und einer verdächtige den anderen.

*

Paris, 29. März. Nach einer Meldung des „Newyork Herald" aus Tanger, rücken Rifabteilungen von der Mtius-Front gegen die französische Hauptstellung von Taunat an. Im französischen Hauptquartier glaube man jedoch, daß vor Beendigung des Ramasan kein ernster Kampf stattfinden werde.

Neue Angriffe auf Damaskus.

London, 29. März. „Times" berichtet aus Haifa: Nach Ankunft des Oberkommissars de Jouvenel in Damaskus griffen die Aufständischen an allen Punkten an und hielten das Feuer die ganze Nacht aufrecht. (W. T. B.)

Der Bürgerkrieg in China.

London, 29. März. Nach Meldungen aus China ist Tschangtsolins Kavallerie nicht mehr weit von Peking entfernt. Im Süden hat Marschall Wupeifu die Provinz Honan von den Truppen der Kuomingtungt gesäubert und setzt seinen Vormarsch auf Peking weiter fort. Der Führer der Kuomingtungtruppen versucht, den Vormarsch der Verbündeten möglichst lange aufzuhalten, um in der Zwischenzeit Friedensverhandlungen zu führen. Seine Versuche, sich Geld für die Bezahlung der Truppen und um Peking zu beschaffen, sind bisher gescheitert. Ueber die Lage in Kanton berichten die „Times", daß sich Chang Kai Shek in seinem Kampfe gegen die Kommunisten nicht habe durchsetzen können, da der Widerstand der Gewerkschaften zu groß ist. Infolgedessen sind **einige Verhaftete, darunter zahlreiche Russen, wieder freigelassen worden.** Sofort zeigten sich wieder Streikposten, die die chinesischen Passagiere von dem Betreten der Dampfer nach Hongkong abhalten. Auch die fremdenfeindliche Bewegung hat wieder zugenommen. (TU.)

Rameks Besuch in Potsdam.

Ein Frühjahrsausflug mit Damen.

Berlin, 29. März. Der österreichische Bundeskanzler Ramek machte heute vormittag in Begleitung des Reichsaußenministers Dr. Stresemann, der Staatssekretäre v. Schubert und Dr. Meißner, des bayrischen Gesandten Dr. v. Preger, der Gesandten Morath und Köster und mit ihren Damen einen Ausflug nach Potsdam. Dort wurden das Schloß Sanssouci, das Stadtschloß und das Neue Palais besichtigt. Die Rückfahrt erfolgte um 1 Uhr. (W. T. B.)

Besprechungen im Auswärtigen Amt.

(Durch Funkspruch.)

Berlin, 29. März. Der Besuch des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Ramek in Berlin hat Gelegenheit zu **wiederholten Besprechungen im Auswärtigen Amt gegeben.** Zunächst handelte es sich naturgemäß um die persönliche Fühlungnahme der leitenden Staatsmänner und um eine gegenseitige Orientierung über die Beziehungen Deutschlands und Oesterreichs zu den verschiedenen Staaten. Dabei wurden sowohl die allgemeine politische und wirtschaftliche Lage, wie auch insbesondere alle diejenigen Fragen behandelt, an denen beide Staaten ein besonderes Interesse haben. Die Besprechungen ergaben eine völlige Uebereinstimmung in der Auffassung der Verhältnisse, wie sie durch Locarno und Genf geschaffen wurden. Einen breiten Raum in den Verhandlungen nahmen die wirtschaftlichen Fragen in Anspruch, wobei auf beiden Seiten der Wille zum Ausdruck kam, den wirtschaftlichen Interessen beider Länder in besonderer Berücksichtigung der augenblicklichen Notlage soweit wie möglich Rechnung zu tragen. **Im besonderen wurde vereinbart, nach Ostern Verhandlungen über einen Zusatzvertrag zum Handelsvertrag aufzunehmen.** Bei dem Charakter der Besprechungen kamen sonstige Entschließungen oder Beschlüsse irgendwelcher Art nicht in Frage. (W. T. B.)

Kein Verzicht auf den Anschluß.

Berlin, 28. März. Wie die Morgenblätter aus Wien melden, erklärte im Bundesrat zum Vergleichs- und Schiedsgerichtsverfahren mit der Tschecho-Slowakei Berichterstatter Dr. Hugelmann (Christlichsozial): Der Schiedsgerichtsvertrag könne nicht den Sinn haben, daß er als Verzicht auf das Selbstbestimmungsrecht des Volkes aufzufassen sei. Derartige Verträge könne Oesterreich mit allen Nachfolgestaaten mit um so größerer Beruhigung abschließen, in einer Zeit, in der das vertrauensvolle und über alle Formeln solcher Verträge weit hinausgehende Verhältnis zwischen Oesterreich und dem Deutschen Reich außer Zweifel stehe, was in der Reise des Bundeskanzlers nach Berlin einen weithin sichtbaren Ausdruck finde.

Stimmen der englischen und französischen Presse.

London, 29. März. Der Berliner Besuch des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Ramek wird in den Berichten der englischen Blätter aus Berlin allgemein als ein politisches Ereignis von großer Bedeutung bezeichnet. Die amtliche oder halbamtliche Feststellung, daß man bei den Verhandlungen die Frage des Anschlusses Oesterreichs an Deutschland nicht berührt habe, findet wenig Glauben. (T.U.)

*

Paris, 29. März. Der „Temps" widmet dem Besuch Rameks in Berlin einen Leitartikel, in dem er zugibt, daß der Besuch einen offiziellen Charakter trage und die Erwiderung eines deutschen Besuchs in Wien sei; aber die Deutschen sprächen nur vom Anschluß der Mächte. Jede deutsch-österreichische Kundgebung sei eine verdächtige Sache. **Die Anschlußpropaganda in Deutschland bilde eine ernste Angelegenheit für die Wiener Regierung, die nach den Aeußerungen Seipels gar nicht an den Anschluß denke.** Auch in Deutschland freilich gebe es Kreise, die sich lieber mit Italien zusammenschließen würden.

Keine Revision des Fürstenabkommens in Braunschweig.

Braunschweig, 28. März. Die braunschweigische Regierung hat in einem Schreiben an den Rechtsausschuß des Reichstages ihre Stellungnahme zur Revision der Fürstenabfindungen bekanntgegeben. Sie hat erklärt, daß sie es **ablehnen müsse, auf Grund der sich in Vorbereitung befindlichen Gesetze in eine Revision des mit dem Herzog von Braunschweig-Lüneburg abgeschlossenen vermögensrechtlichen Vertrages einzutreten.** Der Vertrag sei auf Grund von Vorschlägen des Oberlandesgerichts Braunschweig und auf Grund des Mehrheitsbeschlusses des Braunschweigischen Landtages zustandegekommen und der Grundsatz der Vertragstreue bedinge es, an diesem Abkommen auch festzuhalten. Irgendeine Revision des Vertrages müsse deshalb von der braunschweigischen Regierung abgelehnt werden. Der in Vorbereitung befindliche Gesetzentwurf sei deshalb für die braunschweigischen Verhältnisse ohne Interesse.

Rückfragen wegen der Einladung zur Ratskommission.

Berlin, 29. März. Das Reichskabinett hat der „B. Z." zufolge zu der Aufforderung, sich in der Genfer **Studienkommission für die Ratserweiterung** vertreten zu lassen, noch nicht Stellung genommen. Wie das Blatt wissen will, scheint eine Rückfrage darüber notwendig zu sein, welche Art von Stellungen den deutschen Vertretern in der Studienkommission zugedacht sind.

Das gemeinsame außenpolitische Endziel.

Von Dr. Ellenbeck (M. d. R.).

Noch waren die mahnenden Worte Hindenburgs, mit denen er am Rhein alle Deutschen zur Einigkeit aufrief, nicht verhallt, da flammte im Reichstage die Leidenschaft des Kampfes um Genf hoch auf. Aber die Auseinandersetzung war notwendig. Sie hat der Entente gezeigt, daß eine starke Minderheit — nicht die Befriedigung Europas, nicht eine grundsätzliche Verständigung mit den Kriegsgegnern, wohl aber die Behandlung ablehnt, die auf dem Wege zu einer Politik der europäischen Solidarität Deutschland bisher und ganz besonders wieder in Locarno und Genf erfahren hat. Sie hat ihr zudem gezeigt, daß auch von der Mehrheit des Reichstages kein Zweifel daran gelassen wurde, daß auch sie in dieser Beziehung ähnliche Forderungen zu erheben hat und beachte wissen will.

Der Kampf, bei dem die Rechte notwendig eine scharfe Oppositionsstellung beziehen mußte, — jene Opposition, von der der Reichskanzler Luther zutreffend bemerkte, sie sei eine „technische Notwendigkeit zum Regieren" — ist vorüber. Das Gebot, gegenüber der neuen Lage geschlossen zu handeln, tritt in den Vordergrund. Welches ist das außenpolitische Endziel, auf das der politische Wille aller Parteien sich richten kann?

Ein Vorfrage sei erörtert, über die in der deutschen Oeffentlichkeit vielfach Unklarheit besteht. Wie ist denn nach dem Abstimmungsbild am Schlusse der auswärtigen Aussprache eine Geschlossenheit der Arbeit überhaupt noch möglich? Stehen sich nicht vielmehr Regierung und Opposition feindselig gegenüber, statt gemeinsam nach außen zu wirken? Diese so häufig gestellte Frage verkennt die positive Aufgabe der nationalen Opposition im Parlament. Ein Beispiel mag diese erläutern: Reichskanzler Luther hielt der Kritik der Rechten mit Leidenschaft den Vergleich zwischen 1923 und heute entgegen. In der Tat zeigt die heutige Lage unbestreitbare Fortschritte im Vergleiche zu dem damaligen Höhepunkte des Poincaréismus. Wenn der Führer der politischen Geschäfte diesen Fortschritt zu dokumentieren Gelegenheit nimmt, so kann man ihm nicht bestreiten, daß ein solcher Hinweis zur Hebung der gedrückten Stimmung des Volkes, zur Verstärkung des Willens, weiterzuhoffen und weiterzuarbeiten, notwendig ist. Ebensowenig freilich kann verschwiegen werden, daß gleichzeitig Frankreich gegenüber solch ein optimistisches Urteil unzweckmäßig ist, denn jedesmal verzeichnen hinterher die französischen Zeitungen, und zwar nicht nur die chauvinistischen, solche Feststellungen mit großer Befriedigung als sinnfälligen Beweis für das außerordentliche Entgegenkommen der französischen Politik gegenüber Deutschland.

So ist es dringend notwendig, und zwar nicht nur des Auslands wegen, sondern auch um dem eigenen Volke den weiten und schweren Weg, der noch vor uns liegt, recht eindringlich klarzumachen, daß die Opposition auf die Kehrseite des Bildes hinweist und **den ungeheuren Abstand unterstreicht zwischen den Reden der fremden Staatsmänner über die Rückwirkungen des neuen Geistes der Verständigung und ihren Taten.** Das Betonen dieses Abstandes ist ein unerläßliches Mittel, weitere Verhandlungen vorwärts zu treiben, und ist um so wirksamer, als die Auffassung im neutralen Ausland dieser Betrachtungsweise nur entgegenkommt.

Solche stärkste Wirksamkeit einer harten Betrachtung der Dinge, die, ohne durch diplomatische Rücksichten gebunden zu sein, bei jeder Illoyalität des Gegners auftrumpft und die Stellung der deutschen Unterhändler möglichst weit vorschiebt, bevor sie schließlich Konzessionen machen müssen, ist vor allem deshalb erwünscht, weil bei dem Kampf Deutschlands um eine geachtete Stellung unter den Staaten der Welt seine Aussichten infolge der bestehenden ungleichen Kräfteverteilung von vornherein nicht günstig sind.

Ueber das Endziel dürfte eine Meinungsverschiedenheit kaum bestehen. Auf irgendeine Weise muß der Kampf aller gegen alle in Europa durch eine Solidarität der Nationen ersetzt werden. Wirtschaftliche Notwendigkeiten wirken mit stärkster Kraft darauf hin. Das wird auch von der Rechten keineswegs bestritten. Der Unterschied liegt nicht so, wie ihn der demokratische Führer, Abg. Erkelenz, unlängst im „Berliner Tageblatt" präzisierte: „Auf der einen Seite Politiker, denen der Gedanke des Nationalstaates der letzte Endpunkt der Entwicklung ist, und auf der anderen Seite solche, die darüber hinaus ein Gemeinschaftsleben der Staaten als die höhere Entwicklungsform erstreben". Die Frage steht nicht auf entweder — oder. Sondern darum geht es, daß unseres Erachtens allerdings, wenn eine Völkersolidarität überhaupt möglich sein soll, die geschlossene, in sich gefestigte national-bewußte Staatspersönlichkeit die unerläßliche Voraussetzung dafür ist. Nur sie kann jenen Anspruch auf Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit, auf Respektierung ihrer Persönlichkeit und ihrer Würde mit Erfolg vertreten, der die Voraussetzung jeder Gemeinschaftsarbeit ist. Je weniger Deutschland als nationaler Staat bewußt gestaltet wird, um so sicherer ist es in jedem Bund von Nationen der Willkür der anderen ausgeliefert. Wenn Deutschland dazu beitragen will, aus dem Völkerbund, der ein Instrument von Versailles ist, einen Bund der an der Befriedung der Welt interessierten Mächte zu machen, der diesem hohen Ziele wirkliche Dienste zu leisten

SLUB
Wir führen Wissen.